

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

früher
Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau u. Mülsen.
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

42. Jahrgang.

Nr. 37.

Sonntag, den 14. Februar

1892.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtag) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 179, alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die viergespaltene Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr.

Zur Weihe der neuen Luther-Kirche in Hohndorf
am Sonntag Septuagesimae, den 14. Febr. 1892.

Hoch vom Berg herab tönt Glockenläuten,
Es ruft die Gläubigen zum Tempelraum,
Ein hohes Fest verkündet es in Freuden.
Dankopfer bringt man ohne Trug und Schaum
Zum großen Tag des Herrn, drum lobet laut
In tausend Zungen dessen heiligen Namen,
Des Hauses Weihe gilt's, das hier erbaut,
Ein feste Burg, für die zusammen kamen.

Das Haus des Herrn, wo Ehrfurcht nur wird wohnen,
Vollendet steht es da, zum Tag der Weihe,
An seinem Altar wird der Glaube thronen
Und Gottes Güte wird erkannt aufs Neue,
Sein lautes, reines Wort wird man verkünden,
Gebete werden hoch zum Himmel bringen,
Gedrückte werden sich im Glauben finden
Und Fromme sich im Geiste aufwärts schwingen.

Wie Luther einst, ein starker Glaubensheld,
Sein ganzes Leben widmete der Wahrheit —
So mög' dies Haus, des Namen es erwählt,
Die Finsternis durchdringen bis zur Klarheit!
Und dazu gib, o Himmelsfürst den Segen,
Schenk uns die Kraft, wir bitten immer neu,
Daß wir auf uns'rem fernern Lebenswegen
Bewahren Dir die rechte Glaubensstreu.

Daß Glaube, Liebe, Hoffnung uns verbünde,
Daß wir uns nur nach Deinem Willen beugen
Und daß wir lauschen Deinem Gnadenwinke,
Dies mache uns, o Herr, all uns zu eigen.
Verkläre Dich in uns, Du unser Stern,
Laß, Christus, uns ein Heiligtum Dir werden,
Daß ewig diene dieses Haus dem Herrn
Und sieghaft bleibt der Wahrheit Licht auf Erden.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 12. Februar.

Auf der Tagesordnung steht zunächst 3. Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Außerkurssetzung der Vereinsthaler österreichischen Gepräge.

Abg. Deuschner (Reichspartei) bittet, den Verkauf des disponibel werdenden Silbers nicht zu beschleunigen, sondern damit bis zum Eintritt besserer Preise zu warten.

Staatssekretär v. Malakhan-Gülz erwidert, daß ein Präjudiz durch Annahme dieses Gesetzes nicht geschaffen werde. Die Außerkurssetzung werde vorläufig nicht erfolgen, sondern erst frühestens dann, wenn die österreichisch-ungarische Regierung den von ihr zu übernehmenden Betrag wirklich übernommen hat.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen. Die Beratung des Etats der Reichseisenbahnverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichspartei) teilt den vom Minister Thielen gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern eingenommenen Standpunkt. Er bestritt, daß die Sozialdemokratie überhaupt eine politische Partei sei (lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten) und weist darauf hin, wie die Sozialdemokraten gegen Alles gestimmt haben, was zu Gunsten der Arbeiter hier beschlossen wurde. Die Sozialdemokratie habe sich gegen Religion und Ehre, für Meineid, Diebstahl usw. erklärt. Sie erstrebe damit einen Zustand, der die Menschen zu Bestien mache. Redner verliest einen Brief eines alten Arbeiters, der entschiedene Abwehr gegen die sozialdemokratischen Agitationen forderte. Was solle aus unserer Jugend werden unter dem Einflusse dieser Agitation? Der Briefschreiber antwortet: „Eine Räuberbande.“ Es sei Pflicht der Reichseisenbahnverwaltung, dafür zu sorgen, daß nicht Sozialdemokraten gezüchtet werden. Die Tyrannei, welche seitens der sozialdemokratischen Partei auf die freien Arbeiter ausgeübt werde, übersteige Alles

weitans, was den Arbeitgebern in dieser Hinsicht je zum Vorwurfe gemacht worden sei. Eine Verwaltung, wie die der Reichseisenbahnen, müsse ihre Arbeiter vor dieser Tyrannei schützen, und sie müsse einen Arbeiterstamm haben, auf den sie sich in Zeiten der Gefahr abfolut verlassen könne. Er hoffe, daß das Beispiel der Reichseisenbahnverwaltung allgemeine Nachahmung finden werde. (Lebhafter Beifall rechts).

Abg. Bebel (Soz.): Vielleicht solle die eben gehörte Rede bei dem Einflusse des Herrn v. Stumm den Erlaß eines neuen Sozialistengesetzes einläuten; was er beigebracht, sei nicht beweiskräftig. Es seien großen Theils die Citate aus längst vergangener Zeit. Die Partei habe nur ihre offiziellen Kundgebungen zu verantworten. Die Behauptung, die Sozialdemokratie sei keine politische Partei, verdiene keine Widerlegung angesichts der Thatsache, daß die Sozialdemokratie im Mittelpunkt aller politischen Maßregeln stehe. Auch das neue Volksschulgesetz solle ja die Sozialdemokratie bekämpfen helfen. Die Partei des Abg. Stumm dürfe sich nicht als Hort der Sitte aufspielen: Wo seien die vielen Stempelfälschungen, die falschen Steuerdeklarationen u. vorkommen? Wo herrsche eine Maitressenwirtschaft, die heute schon die freie Liebe zur Thatsache mache? Die Staatswerkstätten sollten Musteranstalten sein. Damit seien Maßregeln gegen politische Gesinnung unvereinbar. Einen Arbeiter seiner politischen Gesinnung wegen zu chicanieren, sei ebenso unanständig, als wenn dieses wegen religiöser Ueberzeugung geschehe. Die Maßregelung von Arbeitern ihrer politischen Gesinnung wegen widerspreche der Kultur, der Verfassung und der Wohlstandigkeit.

Abg. Hausmann (Volksp.): Stumm's Rede scheine der Ausdruck der Meinungen zu sein, die heute in der Umgebung desselben und höher hinauf herrschten. Es handele sich wohl um einen Fühler wegen einer Verschärfung des allgemeinen Strafrechts gegen die Parteien der Linken. In den höheren Schichten bestöhe eine ganz immense Sozialistenfurcht, nur wolle man dieselbe nicht Wort haben. Er freue sich, daß der Chef des Reichseisenbahnamts die Stumm'schen Grundsätze nicht teile, denn er habe nur zwei Arbeiter wegen sozialdemokratischer Agitation entlassen, während die Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter in seinem Ressort sicher eine große sein wird. Der Fall Peus erzeuge mehr Sozialdemokraten als alle Agitationsreden. Wenn man der Zunahme der Sozialdemokraten entgegenzutreten wolle, so werde sich höchstens bei der Frage der Soldatenmishandlungen Gelegenheit dazu finden. (Beifall links).

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Verbrechen kämen in allen Gesellschaftskreisen vor. Was er den Sozialdemokraten zum Vorwurfe mache, sei die offizielle Verteidigung des Verbrechens. Die von ihm ausgesprochene Meinung stehe in keinerlei Widerspruch mit der Gleichberechtigung. Im Gegenteil, er handle im Interesse der Gleichberechtigung, wenn er die freien Arbeiter gegen die Tyrannei der Sozialdemokratie zu schützen suche. Was den Hinweis auf die Thatsache anlange, daß nur zwei Arbeiter im Ressort der Reichseisenbahnverwaltung entlassen worden seien, könne er darauf verweisen, daß er im letzten Jahre überhaupt keine Arbeiter wegen sozialdemokratischer Agitation entlassen habe. Er müßte also demnach ein den Sozialdemokraten sehr genehmer Arbeitgeber sein.

Abg. Müller (nl.) hält sich für verpflichtet, einen Mann zu verteidigen, der hier in schärfster Weise angegriffen worden sei und der sich nicht verteidigen könne. Die Papiere, welche Herrn Baare belasteten sollten, seien der Staatsanwaltschaft überwiesen worden. Da längst Verjährung eingetreten, habe eine Prüfung aber nicht stattgefunden. Es sei also ganz falsch, wenn behauptet werde, die Prüfung

der Papiere habe die Richtigkeit der erhobenen Beschuldigungen ergeben.

Abg. Dr. Firsich (freis.) bekämpft den Standpunkt Stumm's und bittet die Verwaltung der Reichseisenbahnen, volle Gleichberechtigung wahren zu lassen. Nur dadurch könnten die Arbeitermassen wieder auf den Boden der bestehenden Ordnung zurückgeführt werden.

Abg. Hise (Ztr.) tritt einer Behauptung Bebels entgegen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die zuverlässigsten, geschicktesten und fleißigsten seien. Er nehme diese Eigenschaften für die christlichen gläubigen Arbeiter in Anspruch. Der Standpunkt Stumm's scheine ihm als zu weitgehend. Entlassungen wegen politischer Gesinnung wirkten erbitternd.

Abg. v. Helldorf (konf.): Die politische Gesinnung der Arbeiter solle nicht getroffen werden, aber es sei Recht und Pflicht der Arbeitgeber, der Agitation entgegenzutreten.

Abg. Bebel (Soz.): Sozialdemokratie, wie politische Agitation überhaupt innerhalb der Betriebe hielt auch seine Freunde für unzulässig. Eine solche brauche sich kein Arbeitgeber gefallen zu lassen. Zu protestieren sei aber dagegen, daß Arbeiter wegen ihrer politischen Haltung außerhalb der Betriebe gemahregelt würden. Man werde nie nachweisen können, daß ein Arbeiter seiner sozialdemokratischen Gesinnung wegen seine Pflichten gegen den Staat und speziell auch gegen seinen Betrieb nicht erfüllt habe.

Abg. Hausmann (Volksp.) verteidigt die Linke gegen den Vorwurf, die Sozialdemokratie zu begünstigen. Die Sozialdemokratie werde durch Diejenigen begünstigt, die Interessenpolitik treiben.

Der Regierungskommissar erklärt, daß von 2300 Arbeitern der Werkstätten der Reichseisenbahnverwaltung 2 entlassen worden seien, die als sozialdemokratische Agitatoren aufgetreten seien. An dem damit eingenommenen Standpunkte müsse die Verwaltung festhalten.

Abg. Schrader (freis.): Man schließe diejenigen Arbeiter aus, die innerhalb des Betriebes Unfrieden säen, aber entferne aus den Arbeitsordnungen jede Bezugnahme auf Bestrebungen irgend einer politischen Partei.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Von der Gesinnung sei gar keine Rede, sondern von der Beschäftigung. Herr Wille sei aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden, weil, wie Bebel sagt, er die Partei verleugnet habe. Was thue denn aber die Sozialdemokratie gegenüber den Arbeitgebern? Gegen die Verleumdungen, die die Arbeitgeber von den Sozialdemokraten fortgesetzt erführen, müßten sie sich wehren.

Abg. Singer (Soz.): Die beiden entlassenen Arbeiter hätten nicht, wie behauptet worden, an einem sozialdemokratischen Parteitag teilgenommen, sondern an einem Kongreß der Eisenbahnarbeiter. Ein anderer entlassener Arbeiter, dem heute der Regierungsvortreter nachsage, er stehe im Verdachte der Unredlichkeit, sei mit den besten Zeugnissen entlassen worden. Die bei den reichsländischen Werkstätten bestehenden Betriebsordnungen ständen im Widerspruch mit der am 1. April in Kraft tretenden Gewerbeordnungs-Novelle.

Abg. v. Kardorff (Rp.) erklärt, daß, wenn die Sozialdemokratie in der bisherigen Weise ihre zerstückende Thätigkeit fortsetze, an eine Verschärfung der Preis-, Versammlungs- und Vereins-Gesetze werde gedacht werden müssen.

Abg. Dr. Barth (freis.): Damit würde man einen Zustand schaffen, der nahe an den Bürgerkrieg streife.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Nachdem die Freisinnigen bei der Wahl des Fürsten Bismarck für den sozialdemokratischen Kandidaten eingetreten, brauchte Herr Barth den Sozialdemokraten nicht noch das Entgegenkommen zu bescheinigen.